

Spinnrad



FORUM FÜR AKTIVE GEWALTFREIHEIT

Zeitschrift des Internationalen Versöhnungsbundes - Österreichischer Zweig



AUFRÜSTUNG | ATOMWAFFEN | ALTERNATIVEN

Nummer 2 | Juni 2025, € 4,-

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Der Inhalt dieses Spinnrads spannt den Bogen von Aufrüstung (derzeit massiv und auf unsere Kosten – weltweit und in Österreich) über die Atomwaffen (und die Versuche mit „Willigen“, trotz der momentanen Lage positive Schritte zu setzen) bis hin zu den Alternativen, die es eigentlich braucht.

Wir stecken schon tief drinnen im Rüstungswahn, der einen Zwang und eine Unausweichlichkeit propagiert, die es so nicht gibt. Stattdessen führt er zu mehr Instabilität, mehr Gefährdung, mehr Umweltschäden, mehr Misstrauen, Leid und Angst. Wir haben immer wieder versucht, unseren Widerstand dagegen in Worte – und Taten – zu fassen. Dazu gehört das Aufzeigen von Missständen (wie das kopflose Aufrüsten um jeden Preis), genauso wie der Schutz grundlegender Errungenschaften (wie Menschenrechte, Internationale Rüstungskontrollverträge und Institutionen) und der Entwurf von gangbaren „anderen“ Wegen. Einer dieser Versuche war das **Policy Paper „Waffen schaffen keinen Frieden“**, das dem letzten Spinnrad beilag; ein weiterer die **Österreichische Friedensstrategie** (Dezember 2023). Beides findet ihr auch auf unserer Website zur Weiterverbreitung: www.versoehnungsbund.at !

Nun wollen wir auch von euch hören, eure Gedanken, Ängste und Ideen. Dafür werden wir ab Herbst verschiedene Formate des Austauschs anbieten. **Ein erstes Treffen soll es am 23.9. um 17 Uhr im „Treffpunkt mensch&arbeit“ (Kapuzinerstraße 49) in Linz geben** – save the date und meldet euch auf unserer Website zum Newsletter an, um rechtzeitig mehr zu erfahren!

Lucia Hämmerle (für die Redaktion)

IMPRESSUM (alle anderen ungültig):

Verleger, Herausgeber: Internationaler Versöhnungsbund, österreichischer Zweig (IVB)

Redaktion: Irmgard Ehrenberger, Lucia Hämmerle, Thomas Roithner

Adresse: Lederergasse 23/3/27, A - 1080 Wien;

Tel./Fax: 01/408 53 32;

Email: office@versoehnungsbund.at

Website: www.versoehnungsbund.at

Umschlagdesign & Layout: Lucia Hämmerle

Inhalt

02 | Editorial, Impressum

03 | Sicherheitsdilemma trifft militärisch-industriellen Komplex – Praxis und Theorie aktueller Rüstungsdynamiken
von Thomas Roithner

06 | Der vergessene Traum vom Gemeinsamen Haus Europa
von Irmgard Ehrenberger

08 | Nachrüsten? Aufrüsten? Kriegsfähig werden? Mission Vorwärts – Bundesheer-Aufbauplan 2032+
von Manfred Sauer

11 | Soziale Verteidigung: Ohne Waffen, aber nicht wehrlos
von Christine Schweitzer

14 | Verzeihung, Friedensgemeinde San José de Apartadó
von Emily Schmitz, Michaela Söllinger und Pete Hämmerle

16 | Drittes Vertragsstaatentreffen zum Atomwaffenverbotsvertrag
von Fabian Hämmerle

18 | Zweifel an nuklearer Abschreckung
von Adam Kovacs

19 | Ab- statt Aufrüstung
Kommentar von Herbert Peherstorfer
Buchtip: Standing Together

Information zu Mitgliedschaft und Abonnement:

- ▷ Abonnement der Zeitschrift Spinnrad: € 15
- ▷ Mitgliedschaft: € 50 (erm. € 30, Selbsteinschätzung)
- ▷ unterstützende Mitgliedschaft: € 250
- ▷ fördernde Mitgliedschaft: € 500

Herstellerin: Print Alliance HAV Produktions GmbH, Druckhausstr. 1, 2540 Bad Vöslau;

Verlagspostamt: 1080 Wien

Bankverbindung: Raiffeisen Umweltcenter Gunskirchen
BIC: RZOOAT2L129,

IBAN: AT36 3412 9000 0891 2305

Preis der Einzelnummer: € 4,-

Abonnement: € 15,- (Inland), € 20,- (Ausland)

Für Mitglieder des IVB kostenlos!



Sicherheitsdilemma trifft militärisch-industriellen Komplex – Praxis und Theorie aktueller Rüstungsdynamik von Thomas Roithner

Im Jahr 2024 gab die Welt 2718 Milliarden US-Dollar für Militär und Rüstung aus. Der Aufwärtstrend hält bereits 10 Jahre an. Seit das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) Daten erhebt, war die Summe noch nie so hoch. Allein der Anstieg von 2023 auf 2024 betrug global betrachtet 9,4 %. Im Schnitt gibt jeder Mensch auf dieser Erde 334 US-Dollar pro Jahr für Militär und Waffen aus.

Die Aussicht auf Abrüstung ist besonders in Europa trüb. In Europa stiegen die Militärausgaben von 2023 auf 2024 mit einem Plus von 17 % (Zentral- und Westeuropa plus 14 % und Osteuropa plus 24 %). Die „Readiness 2030“-Pläne zur Wiederaufrüstung („ReArm Europe“) der EU sehen eine künftige Intensivierung von bis zu 800 Milliarden Euro vor – 150 Milliarden als Darlehen und 650 Milliarden sollen über Anreize durch die Mitgliedstaaten mobilisiert werden (z.B. durch Lockerung der Schuldenregelungen oder budgetäre Umetikettierung). Diese Summen ersetzen weder nationale Rüstungsbudgets

noch von den EU-Staaten aufgelegte Sondervermögen für Waffen und militärische Infrastruktur.

In Anbetracht der Aufrüstung und vorliegender Aufrüstungspläne werden – gepaart mit aktuellen sozialpolitischen Belastungspakten – gesellschaftliche Spannungen steigen und ein wichtiges Gut der Politik droht noch weiter zu bröckeln: Vertrauen. Während bei schuldenfinanzierten Waffenprojekten große Eile herrscht, wird zur gleichen Zeit in der Klimapolitik gespart. Auf diese Weise wirkt die Aufrüstung als doppelter Risikomultiplikator für Konflikte.

Hielten manche europäische Politiker*innen zu Jahresbeginn 2025 die US-Forderung nach 5 % Militärausgaben der NATO-Staaten noch für einen unrealistischen Überbietungswettbewerb, so wird fünf Monate später parliert, was davon als „harte“ und was als „weiche“ Komponenten durchgehen würden. US-Präsident Donald Trump mit Rüstungsaufträgen aus europäischen Staaten milde zu stimmen, ist eine Interpretation. Die

andere, dass im erratisch agierenden Verbündeten die willkommene Begründung zu finden ist, den rüstungsindustriellen und militärischen Kurs der EU – besonders seit 2016 – zu intensivieren und ein Stückchen gegen Kritik zu immunisieren. Aber wie lässt sich diese Rüstungsdynamik noch erklären?

Rüstungsdruck von außen

Gemäß den „realistischen Schulen“ der Internationalen Beziehungen streben Staaten nach Sicherheit bzw. Macht. Aufrüstung einer Seite legt beim Gegenüber – besonders wenn es an Dialog und verlässlicher Information mangelt – folglich eine sicherheitspolitische Reaktion nahe. Der entstandene Rückstand bei der Rüstung bzw. die relative Unsicherheit aktiviert eigene Rüstung, die wiederum Verunsicherung beim anderen erweckt. Alle beteiligten Staaten geben mehr Geld für Rüstung aus und niemand sieht sich sicherer. Ein „Sicherheitsdilemma“ entsteht (Müller, Schörnig 2006). Mehr als ein „Dilemma“, denn Russland hat diesen völker-

rechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine begonnen, enorme Verluste zu verantworten und vielfach mit Atomwaffen gedroht.

Voraussetzung des Sicherheitsdilemmas ist ein Verständnis von Sicherheit, sich nicht von schwerwiegenden Gefahren bedroht zu fühlen und sich geschützt zu sehen. Das Gefühl der Bedrohung und eine objektivierbar festzustellende Bedrohung müssen dabei nicht zwingend deckungsgleich sein. Das Aufschaukeln des Sicherheitsdilemmas zu einem Aktions-Reaktions-Schema hat der Friedensforscher Dieter Senghaas bereits vor über fünf Jahrzehnten als Rüstungswettlauf genau beschrieben. Auch ein vermeintlich zwingender Wettlauf um die neuesten und kostspieligen Technologien im Rüstungsbereich kann entstehen (Müller, Schörnig 2006). Sicherheitsdenken nach diesem Paradigma macht die Welt nicht sicherer.

Innenleitung der Rüstungsdynamik

Liberalen Theorien erklären außenpolitisches Verhalten u.a. durch gesellschaftliche Diskussions- und Aushandlungsprozesse verschiedener Akteur:innen. Diese werden nicht nur durch die Haltung der Bevölkerung, Parteien, Medien oder Zivilgesellschaft, sondern auch durch Think Tanks oder die Rüstungslobby abgebildet.

In seiner bis heute viel beachteten Abschiedsrede warnte der republikanische US-Präsident Dwight D. Eisenhower im Jahr 1961 „vor unbefugtem Einfluss – beabsichtigt oder unbeabsichtigt – durch den militärisch-industriellen Komplex“. Eisenhower erklärte, man dürfe „es nie zulassen, dass die Macht dieser Kombination unsere Freiheiten oder unsere demokratischen Prozesse gefährdet.“ Als Regulativ betrachtete er „wachsame und informierte Bürger“.

Beachtenswert erscheint der von Eisenhower beschriebene militärisch-industrielle Komplex in der heutigen EU. Dies auch deshalb, weil sich die Börsenkurse von Rheinmetall, Leonardo und Thales – die größten Rüstungskonzerne in Deutschland, Italien und Frankreich – von Jänner 2022 bis Mai 2025 sich um das Fünfzehnfache, das Acht- und das Dreifache erhöht haben. Schon im Jahr 2005 stellte man am EU-Institut für Sicherheitsstudien fest, dass solche Entscheidungen „nicht mehr nur von unmittelbaren Erfordernissen bestimmter Krisen“ geleitet sind, „sondern auch von den strukturellen, technologischen, industriellen und wirtschaftlichen Aspekten“ (zit. nach Roithner 2020).

Folglich führt ALTER-EU (Alliance for Lobbying Transparency and Ethics Regulation) für die von der EU-Kommission ausgerichteten ersten Pläne für den EU-Verteidigungsplan und -fonds mehrere Exempel von „privilegiertem Zugang der Waffenindustrie“ zu Beratungsprozessen auf EU-Ebene an. „Aber das Lobbying-Arsenal der Waffenindustrie ist nicht auf Geld, Sitzungen und starker Verankerung beschränkt: die ständig in Bewegung befindliche Drehtür zwischen Industrie und europäischen EntscheidungsträgerInnen hilft, dass die Rädchen wie geschmiert laufen“ (zit. nach Roithner 2020). So wechselte der ehemalige Chef der EU-Verteidigungsagentur zu Airbus. Airbus ist ein zentraler Rüstungslieferant, nahm an zahlreichen High-Level Meetings mit der EU-Kommission teil und gab hohe Summen für Lobbying bei den EU-Institutionen aus (Nielsen 2020). Problematisch ist jedoch nicht nur Lobbyismus und der Mangel an Transparenz, sondern das fehlende Abbild und Umsetzung immer wieder zum Ausdruck gebrachter und nachhaltig verankerter Haltungen in der Bevölkerung: der primäre Wunsch nach mehr Diplomatie zur Konflikt-

bearbeitung und mehr Unterstützung für internationale Organisationen wie die UNO oder die OSZE.

Diskursverengung

Die Amtsübernahme von US-Präsident Donald Trump im Jänner 2025 hat als Katalysator dafür gewirkt, dass innerhalb der europäischen NATO- und EU-Staaten hauptsächlich von noch mehr Geldbedarf für Waffen, Truppen, Abschreckung und Erhöhung der Rüstungsindustrie gesprochen wird. Je deutlicher die Haltung des US-Präsidenten zum Vortrag gelangt, desto weniger strategisches Denken scheint diesseits des Atlantiks erkennbar.

Die Basis ist nicht nur eine enorme Verschuldung, sondern auch ein Alarmismus, bei dem vermeintlich „keine Zeit zu verlieren“ ist. Wenig verwundert, dass diese Haltung vom EU-Kommissar für gemeinsame Rüstung vertreten wird. Bemerkenswert ist, wenn auch Friedensforscher*innen einen Appell an die Politik richten, dass Rüstung „kein Preisschild haben“ darf und die Finanzierung „keinen Aufschub und keine Taktik“ dulde.

Widersprüche

Während Politiker*innen wie NATO-Generalsekretär Mark Rutte oder EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas vor einem Angriff Russlands auf ein NATO- bzw. EU-Land warnen und sich bei ihrer Aufrüstungsagenda auf Beistand durch Sicherheitsexpert*innen stützen können, wird von korrespondierenden Kreisen angegeben, die Ukraine könne Russland mit westlicher Waffenhilfe einhegen.

Ein Widerspruch, dass Russland zwar einen NATO-/EU-Staat angreifen könnte, aber nicht stark genug sei, um militärische Ziele in der Ukraine durchzusetzen. Der Verweis auf westliche Geheimdienstinformationen trägt dabei wenig zu einer nachvollziehbaren Argumentati-



on bei. Diese Widersprüche können nicht darüber hinwegtäuschen, wer den Krieg begonnen hat und wie seine Konfliktgeschichte aussieht. Zugespitzte politische Ansagen über Rüstungsbudgets, immer neue als „Gamechanger“ titulierte Waffenlieferungen, wochenlange mediale Debatten über Panzermodelle und immer neue Sanktionspakete erwecken bei vielen Menschen kein Sicherheitsgefühl.

Rüstung und Gesellschaft

Die politische und mediale Debatte über Rüstung, Waffen und deren Finanzierung durchdringt unsere Gesellschaft. Nach Covid gehört es zum „neuen Normal“, dass in Österreich Uniformierte als mediale Kommentator*innen und Analyst*innen fungierten. Soldat*innen haben heute wieder Aufträge in Klassenzimmern, an Bahnsteigen rollen Züge mit Militärgerät vorbei und es wird über die Verlängerung des Militärdienstes gesprochen.

Die Diskussion, dass in Österreich das Militärbudget prozentuell mehr ansteigt als im west- und zentraleuropäischen Durchschnitt, dass der Ankauf von Kamikaze-Drohnen für das Bundesheer geplant wird oder dass es eine österreichische militärische Weltraumstrategie gibt, fundiert zwar einen militärischen Zugang, aber verengt eine außen- und friedenspolitische Debatte in unserer Gesellschaft.

Dialog und Vertrauen

Diplomatie und Dialog werden in der EU zunehmend zur Seite geschoben und marginalisiert. Dies passiert, obwohl der Wert von diplomatischen Gesprächsformaten zum Geiselaustausch, Getreideabkommen oder AKW-Sicherheit seit 2022 evident ist.

Auch ein Blick in die Geschichte des Kalten Krieges seit den 1960ern zeigt, dass die enorme Gefahr des Mangels an Dialog und Diplomatie deutlich adressiert wurde.

So schrieben etwa der Harmel-Bericht 1967 oder der NATO-Doppelbeschluss von 1979 nicht nur Militärisches fest, sondern verankerten Formate von Gesprächen und Entspannung fest im Instrumentenkasten. Die gravierende Fehleinschätzung der transatlantischen Akteure beim russischen Krieg gegen die Ukraine war, dass Waffen, Humanitäres und Sanktionen für einen Sieg der Ukraine ausreichend wären.

Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) helfen, damit Intentionen der Veränderung von militärischen Potenzialen, Doktrinen oder militärischer Übungen eingeordnet und überprüft werden können. Hatten Ost und West vor einigen Dekaden über Verträge zu Abrüstung, Rüstungskontrolle und Verifikation besser nachvollziehbare Einblicke in die Absichten des Gegenübers, so sind diese heute im Wesentlichen aufgekündigt oder erodiert. Der Vertrag über den Offenen Himmel (Open Skies), der Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF), der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) oder die „Wiener Dokumente“ der KSZE führten in den 1990ern und in der ersten Hälfte der Nullerjahre zu einem dichteren Netz an Überprüfungsmechanismen und Inspektionen, als das heute ist. Die aktuelle Aufrüstung mit noch weniger Mechanismen, Verträgen und Institutionen zur Rüstungskontrolle macht die Welt nicht nur weniger berechenbar, sondern unsicherer.

Politische Prozesse zum Anschlag und zur langfristigen Sicherung von Interessen der Rüstungsindustrie der EU-Staaten wurden kaum von verstärkten Kontrollmechanismen und nachvollziehbaren Transpa-

renzregelungen (Rüstungsexportberichte, internationaler Waffenhandelsvertrag) begleitet. Zudem wurden internationale Verträge zum Verbot von Atomwaffen oder Antipersonenminen in Europa in jüngster Zeit mehr geschwächt als gestärkt.

Wachsamen Bürgerinnen

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat eine „geopolitische Kommission“ angekündigt und in Aussicht gestellt, dass die EU die „Sprache der Macht lernen“ müsse. Dabei kommen Dwight D. Eisenhowers „wachsamen und informierten“ Bürger*innen eine besondere Rolle zu.

Außenpolitische Prioritäten bilden sich auch auf Basis gesellschaftlicher Diskussionsprozesse. In seinem Werk „Zum ewigen Frieden“ legt Immanuel Kant dar, dass Bürger*innen „sich sehr bedenken werden, ein so schlimmes Spiel anzufangen“, wenn sie „alle Drangsale“ wie „die Kosten des Krieges aus ihrer eigenen Habe herzugeben“ oder die Schuldenlast zu übernehmen haben.

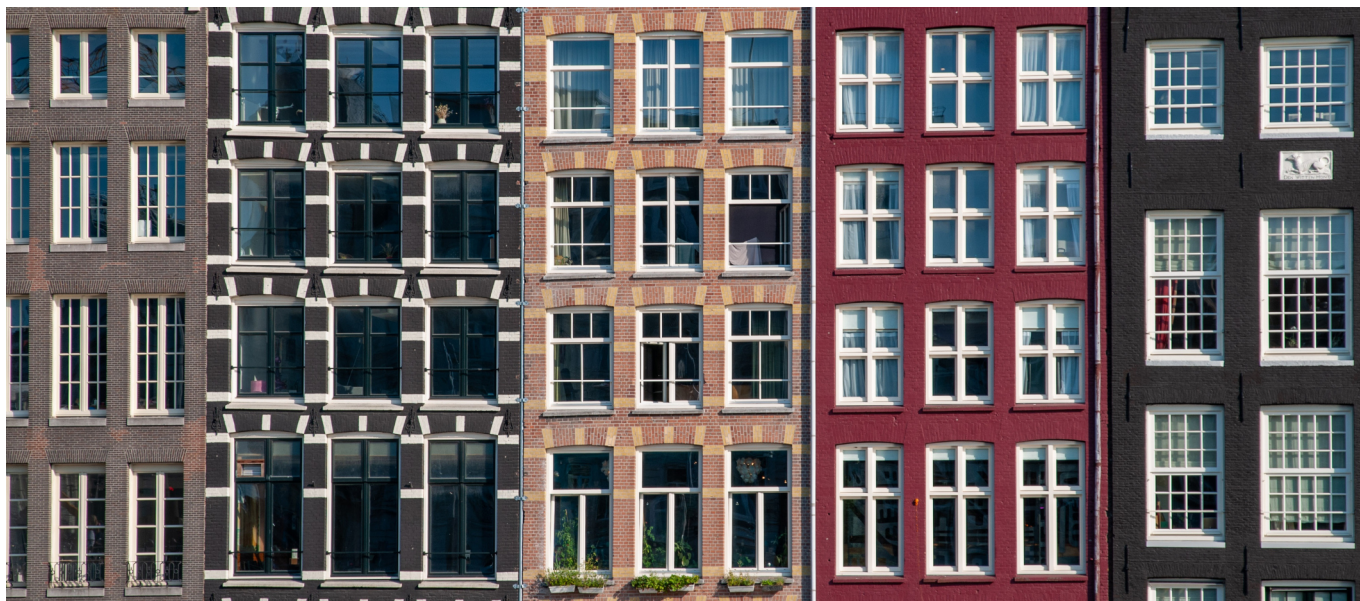
Russland hat die Ukraine völkerrechtswidrig überfallen, verletzt humanitäres Völkerrecht und könnte das Sterben rasch beenden. Der Krieg hat sehr viele Verlierer*innen. Es liegt auch an den Wachsamkeit, dass die Waffenindustrie nicht zu den wenigen Gewinnern gehört.

Thomas Roithner, Friedensforscher, Mitarbeiter im Internationalen Versöhnungsbund – Österreichischer Zweig und Privatdozent für Politikwissenschaft am Institut für Internationale Entwicklung an der Universität Wien.

LITERATUR

- Eisenhower Dwight D.: Farewell Address, January 17, 1961.
Müller Harald, Schörnig Niklas: Rüstungsdynamik und Rüstungskontrolle, 2006.
Nielsen Nikolaj: EU Defence Agency chief turned lobbyist broke conduct rules, euobserver.com, Dec 11, 2020.
Roithner Thomas: Verglühtes Europa? Alternativen zur Militär- und Rüstungsunion, 2020.





Der vergessene Traum vom Gemeinsamen Haus Europa

von Irmgard Ehrenberger

Es war schon eine Zeit großer Hoffnungen auf einen nachhaltigen Frieden, als Anfang der 1990er Jahre der „Kalte Krieg“, der Europa über Jahrzehnte teilte, beendet und der Warschauer Pakt aufgelöst wurde. In einigen Ländern Westeuropas wurde von Friedensorganisationen nicht nur die Auflösung der NATO gefordert, sondern man sah den Zeitpunkt gekommen, die nationalen Armeen abzuschaffen und dem militaristischen Denken ein Ende zu setzen.

Mehr als drei Jahrzehnte später, am 28. Jänner 2025, wurde die Weltuntergangsuhr auf 89 Sekunden vor Zwölf vorgestellt. So nahe an Mitternacht sahen die Wissenschaftler*innen des Bulletin of Atomic Scientists die Zeiger noch nie, nicht einmal zu Zeiten des Kalten Krieges.

Dabei teilte die Friedensbewegung Anfang der 1990er-Jahre ihre Hoffnungen mit hochrangigen Politiker*innen, allen voran mit Michael

Gorbatschow, der den Traum eines „Gemeinsamen Hauses Europa“ wieder auf die internationale politische Agenda brachte. Eine bestimmte Ausgestaltung lag dem Begriff allerdings nicht zugrunde. Gemeint war wohl das Ende der Polarisierung, die Überwindung der Teilung und eine stabile friedliche Ordnung des Kontinents. Einen Rahmen hätte eine gestärkte und ausgebaut KSZE (später OSZE) bilden können. Europäische Regierungen dachten darüber nach, wie man ein Europa, das unabhängiger von den USA wäre, erschaffen könnte. In *Le Monde diplomatique* vom 13. 9. 2018 ist dazu in einem Artikel von Hélène Richard zu lesen: „François Mitterrand wollte das wiedervereinigte Deutschland in ein erweitertes europäisches Sicherheitssystem integrieren und auch für Russland einen Platz freihalten... Auch Margaret Thatcher wollte Deutschland – angesichts seines absehbaren Machtzuwachses – in den europäischen Rahmen ein-

spannen. Im Februar 1990 wies sie ihren Außenminister Douglas Hurd an, sich in den Verhandlungen für einen ‚erweiterten europäischen Bund‘ einzusetzen, ‚dem die osteuropäischen Länder und langfristig auch die Sowjetunion angehören.‘“ Ganz anders waren die Überlegungen in den USA, die darauf bedacht waren, ihre Stellung als einzig verbliebene Weltmacht abzusichern. In der sog. Wolfowitz-Doktrin von 1992 wurde dieser Herrschaftsanspruch festgehalten.

Die NATO definierte für sich neue Aufgaben „Out of Area“, über ihre Auflösung wurde nie ernsthaft nachgedacht. Über die mündlichen Vereinbarungen im Zuge der deutschen Wiedervereinigung bezüglich der NATO-Osterweiterung wird bis heute kontrovers diskutiert. Jedenfalls stellte die NATO-Osterweiterung ein massives Sicherheitsproblem für Russland, dem Nachfolgestaat der UdSSR, die 1990/91 in 15 Staaten zerfiel, dar. In dem Buch



„Der lange Weg zum Krieg“ von Günter Verheugen und Petra Erler beschreiben die Autor*innen die Versuche von Boris Jelzin und Wladimir Putin, die russische Isolation zu überwinden, gegebenenfalls auch durch einen Beitritt zur NATO. „Russland ist Teil der europäischen Kultur. Und ich kann mir mein Land nicht vorstellen, isoliert von Europa und von dem, was wir oft die zivilisierte Welt nennen“, so Putin in einem Interview mit David Frost von der BBC, das noch vor seinem Amtsantritt stattfand. Die Autor*innen machen auch darauf aufmerksam, dass bei einem Vergleich des sicherheitspolitischen Denkens in den USA und in Russland im Jahr 2000 ersichtlich wird, dass der Konflikt, der im Angriffskrieg gegen die Ukraine mündete, damals schon längst angelegt war.

Als „Sündenfall“ bezeichnete Wolfgang Ischinger, ehemaliger Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz in einem Beitrag aus dem Jahr 2021 den NATO-Gipfel 2008 in Bukarest, als „die Bush-Administration ohne Rücksicht auf Verluste den Weg für die Ukraine und Georgien in das Bündnis freimachen wollte. Ein Jahr vorher hatte Putin seine berühmte Warn-Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz gehalten – keinen Schritt weiter! Washington wollte das ignorieren... Die schließlich gefundene Kompromissformel („Diese Länder werden Mitglieder der NATO werden“) schien Frankreich und Deutschland akzeptabel, weil die Ankündigung ja nicht mit einem Datum versehen war... Aus Moskauer Sicht war und ist die Bukarester Kompromissformel aber genau das Gegenteil: nämlich eine NATO-Mitgliedschaftsperspektive und damit eine nicht hinnehmbare Bedrohung der von Russland traditionell geforderten Einflussphäre.“

Ischinger ist aber auch der Meinung, dass sich das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen auf Grund des Verhaltens Putins

seit dem Georgienkrieg 2008 verschlechtert hatte. Zwar konnte Präsident Obama das Verhältnis zu Russland 2010 durch einen „ReSet“ verbessern, was aber nicht von langer Dauer war. Mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der Unterstützung separatistischer Strömungen im Donbass nahm die Abwärtsspirale ihren Lauf.

Dazu kam die Entwicklung Russlands hin zu einem autoritären Staat, der keine Opposition duldet und Menschenrechtsverteidiger*innen sowie Wehrdienstverweigerer*innen mit aller Härte verfolgt. Das brutale Vorgehen während der Kriege in Tschetschenien und die überzogene Reaktion Russlands im Georgienkrieg 2008 trugen keinesfalls zu einer Verbesserung der Beziehungen bei. Dazu kommt, dass Russland auf ein Verhältnis zu westlichen Mächten „auf Augenhöhe“ Wert legte. Dem wurde nicht Rechnung getragen. Andererseits hätte die russische Regierung weniger Augenmerk auf geopolitische Interessen legen können und das Wohlergehen der eigenen Bevölkerung und die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes in den Mittelpunkt stellen können.

Aus friedenspolitischer Sicht ergeben sich (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) folgende Schlüsse:

1) Eine reale Chance für eine andere – zivile und möglichst gewaltfreie – Sicherheitsarchitektur für Europa, die selbstverständlich Russland mit einbezogen hätte, eröffnete sich Anfang der 1990er-Jahre. Hier hätte man mit Geduld und viel Kreativität daran arbeiten können, mit besonderem Augenmerk für den Abbau von Feindbildern, die über Jahrzehnte aufgebaut wurden. Diese zivile Sicherheitsstruktur hätte auch den berechtigten Sorgen und Ängste der Nachbarstaaten Russlands Rechnung tragen müssen.

2) Eine reale Chance für einen Beitritt Russlands zur NATO hat wohl

nie bestanden. Dazu gab es zu viele innerstaatliche Konflikte auf russischem Gebiet. Auch die mögliche Ausdehnung der NATO bis zur Grenze mit China wurde wahrscheinlich als problematisch angesehen. Andererseits leben Militärbündnisse von dem Vorhandensein eines Feindes. Es lag wohl nicht im Interesse der NATO-Staaten, insbesondere den USA, ein wirklich geeintes Europa aufzubauen und die Bedeutung der NATO zumindest wesentlich zu reduzieren.

3) Eine friedlichere Weltordnung beruht u.a. auf dem Gewaltverbot der UNO. Die völkerrechtswidrigen Kriege der NATO und der USA haben vielleicht die Hemmschwelle Russlands für völkerrechtswidrige Annexionen bzw. Kriege herabgesetzt. Es liegt im Interesse aller, die UNO und die OSZE zu stärken und das geltende Völkerrecht einzufordern.

Die Europäische Union hat sich nun entschlossen, auf die veränderten Verhältnisse mit einer ungeheuren Aufrüstung zu reagieren. Diese Aufrüstung wird zu Lasten der zukünftigen Generationen gehen, die sie bezahlen und die mit den Folgen für Klima und Umwelt zurechtkommen müssen. Denn Rüstung zerstört das Klima und die Lebensgrundlagen der Menschen, auch ohne Krieg. Will man der Nachwelt eine solide Grundlagen hinterlassen, braucht es eine Investition finanzieller und geistiger Ressourcen in zivile, gewaltfreie Friedenssicherung.

Irmgard Ehrenberger ist Geschäftsführerin des Internationalen Versöhnungsbundes, österreichischer Zweig, Projektleiterin des Programms „Friedenspräsenz in Kolumbien“ und für die Bereiche aktive Friedenspolitik und Friedenskultur zuständig.



Nachrüsten? Aufrüsten? Kriegsfähig werden?

Mission Vorwärts – Bundesheer-Aufbauplan 2032+

von Manfred Sauer

Mit dem Staatsvertrag (15. Mai 1955) endete die Besatzung durch die vier Siegermächte. Im Bundesverfassungsgesetz zur Immerwährenden Neutralität (26. Oktober 1955) bekannte sich Österreich zu deren Verteidigung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, was zu einer Neuaufstellung des Bundesheeres führte. Bereits zuvor war der Grundstock dafür mit der Bildung der sog. B-Gendarmerie (1949) gelegt worden. Grundlagen für die Landesverteidigung waren zunächst die Bundesverfassung (Art. 9a) und das Wehrgesetz.

Im Landesverteidigungsbericht (LVB) 2024/2025 steht unter anderem: Eine funktionierende Landesverteidigung gewährleistet den Schutz der österreichischen Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen. Damit wird auch die Souveränität Österreichs im Frieden, bei Bedrohungen in Krisenlagen sowie im Kriegsfall gewährleistet und ein Angreifer abgeschreckt. Das Ziel ist ein modernes ÖBH, das dazu befähigt ist, Österreich im Rahmen der Umfassenden Landesverteidigung (ULV) gegen jeden militärischen Angriff zu verteidigen und sein Volk zu schützen. Die Militärische Landesverteidigung ist die Kernaufgabe des ÖBH.

Die Umsetzung einer aktualisierten Österreichischen Sicherheitsstrategie und die Erstellung eines neuen „Landesverteidigungsplanes“ unter Berücksichtigung des Strategischen Kompasses sowie des White Paper for Defence und der EU-Preparedness Union Strategy ist hierbei essenziell.

Um das BH schnell, flexibel und robust zu organisieren und einsetzbar zu machen, sind laut LVB die für

den Einsatz notwendigen Prozesse und Abläufe schon im Frieden anzuwenden bzw. zu üben, um sie im Einsatzfall zu beherrschen. Dazu bedarf es einer Bereitschaftstruppe/Inland, einer Reaktionsmiliz und einer Bereitschaftstruppe/Ausland. Darauf sind Personalplanung und Ausstattung auszurichten.

Ausstattung des Bundesheeres

Setzte sich die Bewaffnung in den ersten Jahren mehrheitlich aus überlassenen Beständen der Besatzungsarmeen zusammen, wurden Waffen und Gerät zunehmend aus einer beginnenden heimischen Produktion gedeckt. Was nicht hergestellt werden konnte, wurde möglichst günstig (meist gebraucht) am Waffenmarkt gekauft.

Des Öfteren wurde das BH in zahlreichen Organisationsreformen umgeplant, auf geänderte Herausforderungen vorbereitet, aber auch reduziert und geschwächt. Diese Sparprogramme betrafen auch den Ausrüstungssektor. Waffen, Fahrzeuge und Gerät wurden nicht nur ersetzt, sondern auch in manchen Phasen reduziert, etwa schwere Waffen verkauft oder eingemottet.

Was noch zu gebrauchen war, wurde verschiedentlich zum Kauf angeboten. So konnten KFZs und leichte LKWs privat ersteigert werden. Es wurden z.B. 168 Kampfpanzer M-60A3 nach Ägypten (2002), Großhubschrauber S-65OE nach Israel (1981) oder 47 Panzerhaubitzen 2017 nach Lettland geliefert, die heute von der Ukraine eingesetzt werden. 40.000 Sturmgewehre M58 erwarb 1996 (verfassungswidrig?) ein Schweizer Waffenhändler – wo landeten sie? Aus Ersparnis-

gründen wurden etliche Liegenschaften (meist Kasernen) verkauft.

Aber es gab auch Investitionen (z.B. Eurofighter). Besonders nach dem Beitritt zur EU und zur NATO-Partnerschaft für Frieden (PfP) 1995 waren Investitionen in Waffen und Ausrüstung aus Sicht des BH notwendig, um hier mithalten bzw. Kontingente für erweiterte Auslandsmissionen stellen zu können.

Die Kriegslage Russland-Ukraine, die milliarden schweren Waffenlieferungen in diese Region und der Aufrüstungsdruck auf viele Staaten führten auch in Österreich zu einem entscheidenden Umdenken. Die Diskussion zur aktuellen nationalen Sicherheitsstrategie (2024 beschlossen, 2025 wird sie wieder umgeschrieben) holte die sich in der Versenkung befindliche „Umfassende Landesverteidigung (ULV)“ (militärisch, wirtschaftlich zivil und geistig) hervor. Es kam zu einer Neudefinition der Aufgaben und einer sicheren, langfristigen Finanzierung für eine moderne Ausrüstung. Die „Risikobilder“ der letzten Jahre führen zahlreiche „Bedrohungen“ auf, die angeblich weitgehend nur durch ein Militär zu lösen seien.

Mission Vorwärts

Nach Ansicht des BH krankt es an verschiedenen Stellen. Diese Lücken sollen jetzt mit dieser Mission geschlossen werden. Derzeit kann das BH maximal 55.000 Personen für einen Einsatz anbieten. Die Miliz ist mangels Übungen nur bedingt verfügbar. Der sog. Wehrwille in der Bevölkerung (Österreich verteidigen zu wollen) ist überschaubar. Die Volksbefragung (2013) ging eher wegen der möglichen Abschaffung des Zivildienstes bei ei-



nem Berufsheer zu zugunsten der Wehrpflicht aus.

Einige neue Ziele für die Neuausrichtung laut Regierungsplänen:

Bei allen öffentlichen Auftritten des BH wird um Personal geworben. Die Zahl der Offizier*innen und Unteroffizier*innen sinkt, bei der Stellung für den Wehrdienst sind mehr Personen untauglich oder teiltauglich. Viele gehen zum Zivildienst. Der Frauenanteil lag im Mai 2025 bei 818, seit 1.4.2023 ist auch ein freiwilliger Präsenzdienst für Frauen möglich. Eine Verpflichtung dazu wird diskutiert, eine Kommission soll Änderungen beim Grundwehrdienst und den Milizübungen erarbeiten.

Neben der Personalanwerbung soll an weiteren Schrauben gedreht werden. Verbesserungen beim Gehalt, Einführung von Prämien, steuerliche Vorteile, Reduktion der sicherheitspolizeilichen Assistenz (besonders an der Grenze), Rücknahme bei Auslandsmissionen, Übernahmeangebote für Zivilbedienstete und Lehrlinge in den Militärstand u.v.m.

Ziel ist es, genügend Personal für die militärische Landesverteidigung und für Auslandsmissionen bereitzustellen. Um den angesprochenen Wehrwillen zu stärken, gehen im

Rahmen der Geistigen Landesverteidigung Soldat*innen in Schulen und Offizier*innen beeinflussen in der Schulbuchkommission des Bildungsministeriums die Inhalte der Schulbücher. Aus dem Friedensbereich wird dazu niemand eingeladen.

Neben der klassischen Landesverteidigung, der Luftraumverteidigung und der Cyberabwehr, sind der Katastrophenschutz (Klimawandel) und die Bevorratung sicherzustellen. Weiters müssen die Beiträge im Bereich der EU-Verteidigung und NATO-PfP (z.B. für die Zertifizierung bei Auslandseinsätzen) offensiv definiert und erweitert werden.

Der Aufbauplan 2032+

Die Erfüllung der Mission Vorwärts erfordert laut Regierung eine massive Steigerung der Ausgaben für das Militär und besonders für Ausstattung und Bewaffnung. 2022 wurden dazu gesetzliche Grundlagen geschaffen. Damals machte das Militärbudget 0,6 % des Bruttoinlandsprodukts aus. Bis zum Jahr 2028 soll es auf 1,5 % und weiter auf 2 % anwachsen. Die jährliche Steigerung wird gesetzlich in Form des Bundesfinanzrahmengesetzes 2023-26 und des Landesverteidigungsfinanzierungsgesetzes 2032+ festgeschrieben. Manches muss

wieder verlängert werden. Im Budget 25/26 sind +18 % bzw. 8,5 % vorgesehen. Das Budget 2026 beträgt 5,184 Mrd. Euro. Das BH muss nur in der Verwaltung 70 bzw. 90 Mio. einsparen. Etwa 50 % werden fürs Personal und 30 % für den Betrieb ausgegeben. 20 % sind für Investitionen vorgesehen. Dazu kommen wegen spezieller Großbeschaffungen Sonderfinanzierungen außerhalb des Budgets.

Die neue Vorgabe lautet: Entweder werden alte Waffensysteme ersetzt, Waffen kampfwertgesteigert bzw. in ihrer Lebensdauer verlängert oder neuwertige Waffensysteme im gehobenen Preissegment beschafft. Für bisher fehlende Waffenkategorien soll es kein Tabu mehr geben. Waffen und Gerät sollen möglichst bei Waffenfirmen im EU-Raum gekauft und bereits in anderen Armeen verwendet werden. Die Ausrüstung soll den Standard von Großarmeen erreichen.

Die Fähigkeiten des BH sind in den Bereichen Land- Luft- und Luftverteidigungskräfte, Spezialkräfte, Cyberabwehr, Führung und Kommunikation sowie Weltraum sicherzustellen. Der Einsatz hochwirksamer Waffen, die rasche Verfügbarkeit und Mobilität, der Schutz etwa durch Luft- und Drohnenabwehr, die Autarkie bei Betriebsmitteln und Munition und die Führungs- und



36 Pandur EVO mit Rheinmetall-Turm Skyranger 30, Flieger- und Drohnenabwehr mit 30mm Kanone und Lenkwaffe Mistral ab 2026 für das Bundesheer

Quelle: Archiv betrifft Frieden

Aufklärungsmittel sind zentrale Beschaffungsvorhaben. Notwendig sind auch Ausschreibungen, Ausbildungskonzepte und das Vorschriftenwesen.

Aktuelle und künftige Projekte

- ▷ Modernisierung Kampfpanzer Leopard und Schützenpanzer Ulan
- ▷ Beschaffung Schützenpanzer Pandur Evolution in diversen Ausstattungen (Mannschaftstransport, Drohnenabwehr, Pioniergerät oder elektronische Kampfführung)
- ▷ Neue LKW verschiedener Klassen und Ausstattung, teilweise gehärtet
- ▷ Flieger- und Drohnenabwehr
- ▷ Aufklärungs- und bewaffnete Kampfdrohnen
- ▷ Raketenartillerie
- ▷ Pionier- & Brückenlegepanzer
- ▷ intelligente Munition, Munitionsbevorratung
- ▷ Flugzeuge und Hubschrauber
- ▷ moderne Mannschaftsausrüstung (neuer Tarnanzug, ABC-Schutzanzug, Schutzausrüstung, Nachtsichtbrille etc.)
- ▷ Führungs-, Fernmelde-, Aufklärungs- und Störsysteme, Radarsysteme
- ▷ Neue Kasernen (Mistelbach, Villach), Ausbau der Fliegerhorste (Langenlebarn, Hörsching), Renovierung und Modernisierung von Liegenschaften
- ▷ Ausstattung Truppenübungsplätze mit Ortskampfanlagen
- ▷ Logistik, Reparatur, Bevorratung, autarke Kasernen u. v. m.

Zwei Beispiele

Flieger- und Drohnenabwehr

Vorgesehen sind Kampfwertsteigerungen und Neubeschaffungen. Modifizierung der Truppenlenkwaffe „Mistral“, Umbau der 35mm Zwillingsflak zu einem ferngesteuerten System mit neuer Aufklärungs-/Kontrolleinheit und neuer (Streu-)Munition. Pandur Evolution mit neuem Turm (Geschütz und Lenkwaffen) zur Flieger- und Drohnenabwehr. Flieger- und Raketen-

abwehr im Rahmen von „Sky Shield“ (NATO-EU-Initiative) mit kurzer, mittlerer und großer Reichweite, derzeit in Beschaffungsvorbereitung, Teile davon noch nicht budgetiert. Eine Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten im Verbund bei Ausbildung und Aufklärung wird trotz Dementi notwendig sein. Das Gleiche gilt für den Bereich der militärischen Weltraumaktivitäten. Beides könnte Neutralitätsproblematisch sein.

Luftstreitkräfte

Derzeit findet eine Kampfwertsteigerung beim Eurofighter statt. Als Ersatz für die Saab 105OE ist das Trainings- und Kampfflugzeug M346FA der italienischen Firma Leonardo mit 12 Stück vorgesehen. Aktuell findet eine Diskussion über das Modell und den (weit überbewerteten?) Preis statt. Die gleiche Firma liefert die neuen Transporthubschrauber. Black Hawk-Hubschrauber werden generalüberholt bzw. nachbestellt, neue Transportflieger aus Brasilien zusammen mit den Niederlanden gekauft. Die Nachfolge des Eurofighters mit bis zu 36 hochwertigen Kampfflugzeugen ist in Planung, Flugzeug- und Hubschrauber-Bewaffnung wird erneuert.

Beschaffung und Industrie

Waffenkäufe durch das BH sollten in Regierung-zu-Regierungsgeschäften erfolgen. Neulich wurden Deals mit Gegengeschäften angedacht, wie sie schon in der Vergangenheit mehrmals zu Skandalen geführt haben.

Österreichische Firmen hoffen auf Geschäfte durch Aufrüstung im In- und Ausland und beginnen, ihre Produkte im Wehrsektor oder Dual-Use-Bereich zu aktivieren. In diesem Zusammenhang sind Kontakte zum BH und auf Waffenmessen hilfreich.

Kritik ist erlaubt und muss gehört werden

Im Friedensbereich gibt es unterschiedliche Meinungen zu Armeen:

Die Pazifist*innen, die das Militär ablehnen, die Ansicht einer Aufgabenänderung in Richtung Friedenseinsätze, Rüstungskontrolle, Katastrophenschutz oder jene, die mehr internationale Fragen und Abrüstung im Fokus sehen bzw. den Zivildienst wählen. Eine frühere Initiative zur Abschaffung des BH war nicht erfolgreich. Fast allen ist aber eine glaubwürdige und aktive Neutralitätspolitik Österreichs ein wichtiges Anliegen. Trotz des Bekenntnisses der Politik zur Neutralität wird ihre Sinnhaftigkeit von vielen Entscheidungsträger*innen in Zweifel gezogen. Der Verfassungsartikel 23j ermöglicht eine Teilnahme an der ESVP (EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik) abseits der ursprünglichen Werte der Neutralität. Wir können nach den aktuellen Entwicklungen (Rüstung) von der EU nicht (mehr) als einem Friedensprojekt sprechen. Das österreichische Kontingent in der neuen EU-Battle-Group geht, wenn angeordnet, in den Einsatz, auch wenn sich Ministerin Tanner (ORF Mittagsjournal, 17.5.2025) dazu nicht klar festlegen will.

Das Bestreben einer starken Einbindung Österreichs in die EU-Verteidigung und die intensive Zusammenarbeit mit der NATO müssen hinterfragt werden. Wozu sollte ein Aufrüsten des BH mit modernsten und exklusivsten Material dienen, außer zu einer Kriegsfähigkeit, wie sie Großmächten vorbehalten ist. Für eine reine Verteidigung, umgeben von befreundeten Staaten, sind solche Milliardenausgaben schwer zu erklären. Besonders, wenn in Sparzeiten im Sozialbereich gekürzt wird. Die Nutznießer*innen sind die Rüstungsfirmen, die Verlierer*innen die Opfer neuer Kriege. Kriegsfähig werden wird leider Realität!

Manfred Sauer ist im Vorstand der österreichischen Sektion der International Physicians for the Prevention of Nuclear War





Soziale Verteidigung: Ohne Waffen, aber nicht wehrlos

Von Christine Schweitzer

Fast ganz Europa rüstet auf, mit der Begründung, dass man Russland davon abschrecken müsse, nach der Ukraine weitere (westliche) Länder zu überfallen. Denn das habe es vor, so sagen es diverse Geheimdienste.⁽¹⁾ Und auch das österreichische Verteidigungsministerium hat die Möglichkeit, dass Russland im Baltikum angreife, an die erste Stelle seiner Risikoanalyse 2025 gestellt wenngleich vorsichtiger formuliert, als man es von einigen NATO-Staaten hört.⁽²⁾ Und wegen dieser Bedrohung, so die Logik der NATO, müsse man aufrüsten – gerade jetzt, wo an der Bündnistreue der USA unter Präsident Trump so starke Zweifel entstanden sind –, denn nur wer bereit ist, Krieg zu führen, könne ihn abschrecken. Aber: Ab-

schreckung, besonders nukleare Abschreckung, mag die Schwelle eines Angriffs erhöhen, aber sie ist auch hochgefährlich: Die Risiken reichen von der Gefahr eines Kriegs „aus Versehen“⁽³⁾, über die Gefahr, dass konventionell begonnene Kriege eskalieren, und die Tatsache, dass auch atomwaffenbesitzende Staaten Krieg unterhalb der nuklearen Schwelle führen, also Krieg nicht verhindert wird, bis hin dazu, dass sie den Gegner zu einem Präemptivangriff bringt. Denn die Wahrnehmung, von der anderen Seite bedroht zu werden, ist i.d.R. eine gegenseitige, auch wenn die beiden Seiten dies meist nicht wahrhaben wollen. Angesichts immer kürzer werdender Vorwarnzeiten (neue Mittelstreckenwaffen, Hyperschallwaffen) und der dadurch

gestiegenen Erstschlagsfähigkeit mögen Staaten auf die Idee kommen, den Krieg zu beginnen, bevor die andere Seite noch stärker wird und die eigenen Chancen, den Krieg zu gewinnen, noch geringer werden.

Aber heißt die Alternative gar nichts zu tun? Sich wehrlos zu machen? Das könnte doch auch eine*n „böse*n Nachbar*in“ auf böse Gedanken bringen? Aus diesem Dilemma heraus sind schon in der Zeit des Kalten Krieges im letzten Jahrhundert verschiedene Konzepte der alternativen Verteidigung entwickelt worden – strukturelle Nichtangriffsfähigkeit⁽⁴⁾, Autonome Verteidigung⁽⁵⁾ und, worum es in diesem Aufsatz gehen soll, die Soziale Verteidigung.

(1) <https://www.rnd.de/politik/plant-russland-militaeraktionen-auf-nato-gebiet-daenischer-geheimdienst-warnt-3AWXJ5VLAFBJJFWE7SHY4ZHIZQ.html>

(2) https://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/risikobild_2025.pdf

(3) Siehe <https://atomkrieg-aus-versehen.de/>

(4) Afheldt, Horst (1983): *Defensive Verteidigung*, Reinbek b. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, 1983

(5) Siehe Nolte, Hans-Heinrich & Wilhelm Nolte (1984): *Ziviler Widerstand und autonome Abwehr*, Baden-Baden: Nomos

Soziale Verteidigung

Das Konzept der Sozialen Verteidigung wurde in dieser Zeitschrift schon einmal 2022 vorgestellt.⁽⁶⁾ Bei ihr geht es um eine gewaltlose Verteidigung, d.h. eine Verteidigung, die ohne Waffen und physische Gewalt auskommt. Ihr Ziel ist nicht der Schutz der Grenzen und des Territoriums, sondern sie ist eine Verteidigung der Lebensweise und der Institutionen gegen die Absicht des Gegners, die Herrschaft im Lande zu übernehmen. Das kann ein internationaler Angreifer ebenso sein wie eine Bürgerkriegspartei oder ein Putschist.

Der Grundgedanke dabei: Ein militärischer Besatzer oder ein Putschist braucht die Mitarbeit der Bevölkerung, um seine Besatzung aufrechterhalten zu können. Wenn keine*r die Anweisungen der Besatzungssoldat*innen oder Putschist*innen befolgt, keine*r die Rohstoffe abbaut oder die Infrastruktur saniert, keine*r zu Parteiversammlungen geht, kein*e Lehrer*in die neuen Curricula umsetzt, dann mag der Angreifer zwar überall seine Sicherheitskräfte stehen haben, aber seine Ziele erreicht er vermutlich nicht. Ein Beispiel dafür ist der Widerstand der norwegischen Lehrer*innen gegen den Versuch der Quisling-Regierung (die norwegischen, mit Deutschland verbündeten Nazis), 1942 ein nationalsozialistisches Curriculum einzuführen. Sie weigerten sich, es umzusetzen, und blieben auch standhaft, als viele von ihnen eingesperrt und misshandelt wurden. Schließlich musste die Regierung alle wieder freilassen und der Unterricht folgte weiter dem alten Curriculum.

Die Methoden der Sozialen Verteidigung können in vier Kategorien eingeteilt werden.

1. *Methoden, die der Schaffung und Stärkung des Zusammenhalts der Aktiven gelten.* Dazu gehören Symbole (Fahnen/Anstecker, bestimmte Farben, symbolische Proteste). In Norwegen unter den Nazis war es eine Büroklammer, die sich Menschen an die Jacke hefteten⁽⁷⁾. Es gehört dazu aber auch, eine gewisse Kohäsion der Gesellschaft herzustellen und Spaltung zu verhindern. Dieser Punkt des Zusammenhalts darf nicht unterschätzt werden, aber auch nicht, dass nichts Menschen so zusammenschweißt wie ein Angriff auf sie alle.

2. *Methoden, den Widerstand zu organisieren und aufrechtzuerhalten.* In der Literatur vielfach diskutiert wird hier die Frage der politischen Leitung und der Kommunikation, sowie die Rolle, die verschiedene Akteur:innen unterhalb der nationalen Regierung, z.B. Kommunalverwaltungen und Polizei, im Widerstand spielen würden. Auch Maßnahmen des klassischen Zivilschutzes (z.B. Sicherung der Infrastruktur - Energie, Wasser, Lebensmittel – und medizinische Versorgung) gehören hier mit dazu.

3. *Taktiken, die den/die Gegner*in daran hindern sollen, seine/ihre strategischen Ziele zu erreichen.* Die Vorbereitung darauf soll einen Gegner abhalten, einen Angriff oder einen Putsch zu versuchen. Sofern die Abschreckung versagt, wird versucht, ihm das, weshalb er angegriffen hat, zu verweigern. Dabei ist das vorrangig angenommene Szenario, dass der Angreifer vorhat, der angegriffenen Gesellschaft eine ihm geneigte Regierung einzusetzen und/oder sein politisches und wirtschaftliches System zu etablieren oder das Land wirtschaftlich auszubeuten. Zu den Methoden zählen Nicht-Zusammenarbeit (von

Boycott über Streiks, Steuerverweigerung, (Eigen-)Sabotage, Verweigerung der Mitwirkung in vom Gegner eingesetzten Institutionen, Ziviler Ungehorsam bis hin zu Theodor Eberts „Dynamischer Weiterarbeit ohne Kollaboration“⁽⁸⁾. Mit diesem sperrigen Begriff ist gemeint, dass Menschen nicht in einen Streik treten – wie Beamte es z.B. im Ruhrkampf 1923 taten – sondern am Arbeitsplatz bleiben, aber nach Möglichkeit den Befehlen des Aggressors nicht folgen. Dazu gehört auch der Versuch, die Streitkräfte, Regierung und Bevölkerung des angreifenden Landes zu beeinflussen: durch Ansprechen der Soldat*innen, Aufzeigen gemeinsamer Interessen und Werte, Verdeutlichung des eigenen Leids, Versuchen, sich direkt an die Gesellschaft des Angreifers zu wenden.

4. *Den Gegner daran hindern, Gewalt anzuwenden und sich vor Gewalt zu schützen.* Dabei wird gewöhnlich nicht nur auf das Verhalten, sondern auch auf die Einstellung des Gegners eingewirkt. Hierbei wird i. d. R. angenommen, dass es gewisse Hemmschwellen der Gewaltanwendung gegenüber einem unbewaffneten Gegner gibt, insbesondere wenn die internationale Reaktion (Reaktion externer Parteien) mit berücksichtigt wird. Gene Sharps Begriff des politischen Jiu Jitsu oder das von Brian Martin ausführlich beschriebene „Backfire-Prinzip“⁽⁹⁾, das auf der Beobachtung beruht, dass Gewalt von Seiten von Sicherheitskräften manchmal den Protest eher 'befeuert' und dazu führt, dass noch viel mehr Menschen auf die Straße gehen, weisen beide darauf hin, dass gewaltsame Repressionsversuche nicht immer effektiv sind.

Zum Thema des Schutzes vor Gewalt gibt es viel Erfahrung sowohl

(6) Spinnrad 1/2022

(7) Boserup, Anders & Andrew Mack (1980): Krieg ohne Waffen. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt

(8) Ebert, Theodor (1981): Soziale Verteidigung. Bd 1: Historische Erfahrungen und Grundzüge der Strategie; Bd. 2: Formen und Bedingungen des Zivilen Widerstands. Waldkirch: Waldkircher Verlag.

(9) Martin, Brian (2012). Backfire Manual. Tactics against Injustice. Sparsnäs: Irene Publishing



aus der Menschenrechtsverteidigung als auch aus dem gewaltlosen Schutz der Zivilbevölkerung in Krisen- und Kriegssituationen. Dazu gehören nicht nur der klassische Zivilschutz, sondern auch die Praxis des Unbewaffneten Zivilen Schutzes oder des Zivilen Peacekeepings, die in den letzten 25 Jahren stark angewachsen ist. Der Kern dieses Ansatzes ist die Präsenz der gewaltfrei Schützenden vor Ort, die verschiedene Instrumente einsetzen, z.B. Schutzbegleitung und Beobachtung, Aufbau von Frühwarnsystemen, Trainings und auch Advocacy.⁽¹⁰⁾

Nur eine Utopie?

Die meisten Menschen können sich nur schwer vorstellen, dass Gewaltfreiheit gegen einen Gegner, der massive Gewalt anzuwenden bereit ist, eine Chance hat. Aber es gibt viele gute Argumente, Soziale Verteidigung nicht nur als eine Utopie anzusehen:

1. Es gibt zahlreiche Fälle, in denen durch gewaltfreie Aufstände Diktaturen gestürzt oder Herrschaft beendet wurde. Die Untersuchung von Erica Chenoweth und Maria J. Stephan zählt auf Basis der NAVCO-Datenbank zwischen 1900 und 2006 107 Fälle von gewaltfreiem Widerstand, der auf einen Regimewechsel, eine Sezession oder die Bekämpfung einer Besatzung abzielte, und wies nach, dass gewaltfreie Kampagnen im gleichen Zeitraum fast doppelt so erfolgreich waren wie gewalttätige.⁽¹¹⁾

2. Es gibt viele Länder, die kein eigenes Militär unterhalten – Costa Rica ist vielleicht das bekannteste, aber bei weitem nicht das einzige Land, wie bei Wikipedia nachgelesen werden kann.⁽¹²⁾

3. Regierungen nehmen das Konzept wahr und integrieren es in ihre Konzepte totaler Verteidigung: Im Jahr 2015 veröffentlichte das litauische Verteidigungsministerium einen Leitfaden für den Fall eines militärischen Angriffs, der auch zivilen Widerstand beinhaltet. In jüngerer Zeit hat die NATO ein „Resistance Operating Concept“ für Mittelstaaten entwickelt, das zivilen Widerstand als ein Element der Verteidigung zusammen mit konventionellen militärischen und Partisanenaktivitäten vorschlägt. Auch Singapur hat ein Konzept der totalen Verteidigung, das Elemente zivilen Widerstands beinhaltet.⁽¹³⁾

4. Argumente, die auf einer Kosten-Nutzen-Analyse beruhen: Der „Altmeister der gewaltfreien Aktion“, Gene Sharp, hat sie gut zusammengefasst: Soziale Verteidigung ist eigenständig, treibt das Land nicht in den Bankrott, verursacht keine massiven Zahlen an Todesopfern und Zerstörung und legt das eigene Schicksal nicht in die Hände mächtiger Freunde, die wahrscheinlich zuerst ihre eigenen Interessen verfolgen.⁽¹⁴⁾

5. Soziale Verteidigung darf nicht isoliert von einer breiteren Friedenspolitik gesehen werden. Sie braucht Zivile Konfliktbearbeitung bzw. muss in sie eingebettet sein. Eine gewaltfreie Verteidigung ge-

gen einen militärischen Angriff von außen kann dem Gegner das Erreichen seiner Ziele schwer machen, aber vermutlich würde es, wie beim Ruhrkampf 1923, internationale Diplomatie brauchen, um einen Abzug der Truppen zu erreichen und zu einer Friedensordnung zurückzukehren.⁽¹⁵⁾

Und, last not least: Die Vorbereitung von Sozialer Verteidigung – anstelle der Anhäufung von immer mehr Waffen – würde ein internationales Signal setzen, eine neue, auf gemeinsamer Sicherheit beruhende Friedensordnung aufzubauen.

Christine Schweitzer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Friedensarbeit und gewaltfreie Konfliktaustragung (ifgk.de) und Redakteurin des Friedensforum. Bis März 2025 war sie darüber hinaus Geschäftsführerin des Bund für Soziale Verteidigung.

(10) Schweitzer, Christine (2025): Unbewaffneter ziviler Schutz. Anregungen für die Planung von Sozialer Verteidigung. IFGK AP 25. <https://www.ifgk.de/ap-30-unbewaffneter-ziviler-schutz/>

(11) Chenoweth, Erica & Maria J. Stephan, Maria J. (2011): Why Civil Resistance Works. The Strategic Logic of Nonviolent Conflict. New York: Colombia University Press. 2021 lag die Erfolgsquote aber immer noch bei etwa 50 %: Chenoweth, Erica (2021): Civil Resistance. What everyone needs to know. Oxford University Press.

(12) https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_ohne_Milit%C3%A4r.

(13) Siehe: <https://lt72.lt/wp-content/uploads/2020/12/katurimezinotipraktiniaiapatrimaiei.pdf>
<https://www.scdf.gov.sg/home/community-and-volunteers/total-defence>.

https://www.academia.edu/77714977/Resistance_Operating_Concept_ROC_.

(14) Sharp, Gene (1992): Self-reliant Defense. Without Bankruptcy or War. Considerations for the Baltics, East Central Europe, and members of the Commonwealth of Independent States. Cambridge: The Albert Einstein Institution.

(15) Siehe Müller, Barbara (2025): Kämpferische Demokratie. Militärische Besetzung und gewaltlose Befreiung des Ruhrgebiets 1923-25. Sparsnäs: Irene Publishing





Verzeihung, Friedensgemeinde San José de Apartadó

Von Emily Schmitz, Michaela Söllinger und Pete Hämmerle

Am 5. Juni 2025 stand der kolumbianische Präsident Gustavo Petro vor einer feierlichen Versammlung von Menschen, die sich in Bogotá eingefunden hatten, und begann seine Ansprache mit den starken Worten: „Perdón, Comunidad de Paz“. In einer historischen und emotionalen Zeremonie sprach Petro eine formelle Entschuldigung des Staates an die Friedensgemeinde San José de Apartadó für Jahrzehnte der Gewalt, Verfolgung und Mittäterschaft des Staates bei Menschenrechtsverletzungen aus. Diese lang erwartete Anerkennung markierte einen signifikanten Moment in Kolumbiens Umgang mit seinem bewaffneten Konflikt, speziell in Hinblick auf das Versagen des Staates, eine Gemeinschaft zu schützen, die sich als neutral und der Gewaltfreiheit verpflichtet erklärt hatte.

Mitglieder der Friedensgemeinde – von denen viele geliebte Menschen, auch Kinder, durch Massaker von Paramilitärs und Militär verloren haben – standen neben Menschenrechtsverteidiger*innen, inter-

nationalen Beobachter*innen, Diplomaten*innen und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, als der Präsident den tiefen Schmerz und die Würde ihres Widerstands anerkannte.

Der historische Meilenstein wäre nicht ohne die beharrliche Unterstützung, das Durchhaltevermögen und die Solidarität der internationalen Gemeinschaft möglich gewesen.

Menschenrechtsverletzungen bleiben straflos

Das Programm der Veranstaltung umfasste Zeugnisse von drei Mitgliedern der Friedensgemeinde: Yordani Arteaga Torres und Germán Graciano Posso, die von Padre Javier Giraldo begleitet wurden. Dieser übergab mehr als 400 Fälle dokumentierter Menschenrechtsverletzungen, die bis jetzt ungestraft blieben, an den Präsidenten. Von daher stelle sich die Frage: „Hat die Justiz nur die Opfer und niemals die Täter*innen untersucht?“

Kurze Beiträge der internationalen Zivilgesellschaft in Solidarität mit der Friedensgemeinde folgten. Der kolumbianische Staat wurde rechtlich vertreten von César Palomino Cortés, Generaldirektor der Agencia Nacional de Defensa Jurídica del Estado (ANDJE). Der öffentliche Akt wurde mit der Rede des Präsidenten abgeschlossen.

Wir werden nicht vergessen

Einer der Hauptpfeiler der Friedensgemeinde ist die Bewahrung einer Kultur der Erinnerung. Während der gesamten Zeremonie waren diejenigen präsent, die ihr Leben verloren haben – in Bildern, Musik, auf T-Shirts und im Herzen der Gemeinschaft.

Die Erinnerung zu bewahren ist wesentlich, um das Leben der Opfer zu würdigen, dem Vergessen zu widerstehen und an der Wahrheit festzuhalten, um sicherzustellen, dass ihr Vermächtnis weiterhin den Frieden inspiriert.



Zitate und Highlights

„Die Gemeinschaft nimmt die Wichtigkeit dieser nationalen und internationalen Anerkennung zur Kenntnis, die Sie, Herr Präsident, heute ausgesprochen haben. Dennoch ist es erforderlich, dass dieser Akt der Wiedergutmachung nicht die weitreichende Wirkung vergangener präsidentieller Interventionen unterschätzt, die die Friedensgemeinde stigmatisiert und katastrophale, irreversible Konsequenzen über die Jahre verursacht haben.“

Friedensgemeinde

„Wir wissen, dass Frieden nicht durch Waffen erreicht wird, sondern durch jede/n von uns, die/der Hoffnung, Frieden und die Verteidigung des Lebens sucht. Leben ist heilig und kann nicht genommen oder verloren werden – es ist wesentlich und nicht verhandelbar. Menschenrechte in Kolumbien sind zu einem Geschäft geworden, für uns aber müssen sie gewahrt werden. Die Friedensgemeinde verlangt Respekt vor der Verfassung und Schutz für die neuen Generationen, damit sie nicht leiden wie wir. Es ist unerlässlich, dass die Kämpfe und der Widerstand von campesinos/as, Afro-Kolumbianer*innen und indigenen Völkern anerkannt und geschützt werden, weil sie die wahre Hoffnung auf Frieden in unserem Land sind.“

Friedensgemeinde

„Im Namen des kolumbianischen Staates wende ich mich an Sie mit tiefem Respekt und Verantwortungsbewusstsein, um mich bei den Mitgliedern der Friedensge-

meinde San José de Apartadó für die schweren Menschenrechtsverletzungen zu entschuldigen, die sie systematisch und kontinuierlich über beinahe drei Jahrzehnte erleiden mussten.“

César Palomino, Generaldirektor der nat. Agentur für die rechtliche Verteidigung des Staates

Die Entschuldigung war nicht nur symbolisch, sie forderte auch Rechenschaftspflicht, Erinnerung und Wiedergutmachung. Es war das erste Mal, dass der kolumbianische Staat öffentlich seine Rolle bei den Gräueltaten gegen die Friedensgemeinde anerkannte, und stellte einen entscheidenden Schritt dar, um Vertrauen wiederherzustellen, der Straflosigkeit entgegenzutreten und das Recht der Gemeinschaften auf Frieden zu bekräftigen.

Was bedeutet das und warum ist es wichtig?

Am 23. März 1997 gründete eine Gruppe von Kleinbauern und -bäuerinnen aus den Bergtälern im Norden Kolumbiens die Friedensgemeinde San José de Apartadó. Die pazifistische und gewaltfreie Initiative entstand inmitten von Krieg und Konflikten und sollte inmitten anhaltender Gewalt einen Ort des Schutzes und der Sicherheit schaffen. Doch was in den darauffolgenden Jahren folgte, übertraf ihre Vorstellungen bei weitem.

Im Jahr 2005 kam es zu einem Bruch zwischen der Friedensgemeinde und dem kolumbianischen Staat. Grund dafür war ein Massaker am 21. Februar 2005, bei dem acht Menschen, darunter drei Kin-

der, brutal ermordet wurden. Hinweise deuteten auf die Beteiligung sowohl paramilitärischer Kräfte als auch des kolumbianischen Militärs hin. Als Reaktion auf das Massaker und jahrelange staatliche Gewalt und Verfolgung brach die Friedensgemeinde formell die Beziehungen zum Staat ab.

Dieser Akt der Anerkennung der Verantwortung und Entschuldigung ist eine der Forderungen, die die Friedensgemeinde seit vielen Jahren erhebt. Er erfolgte im Rahmen einer am 18. Dezember 2024 unterzeichneten Vereinbarung zwischen dem kolumbianischen Staat und der Friedensgemeinde vor dem Interamerikanischen Menschenrechtssystem. Die Vereinbarung kommt 27 Jahre nachdem das Interamerikanische Menschenrechtssystem Schutzmaßnahmen für die Friedensgemeinde beschloss, und 23 Jahre nachdem der Fall wegen des Fehlens von Garantien und Gerechtigkeit von Seiten des kolumbianischen Staates sowie wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen gegen die Friedensgemeinde durch Taten und Unterlassungen vor den Interamerikanischen Gerichtshof gebracht wurde.

Emily Schmitz arbeitet bei FOR Peace Presence, **Michaela Söllinger** und **Pete Hämmerle** sind als Friedensfachkraft und Freiwilliger derzeit als Schutzbegleiter:innen in Kolumbien.

Dieser Text erschien in englischer Sprache im Newsletter von FOR Peace Presence.

Die Zeremonie ist online unter <https://youtu.be/mn2ZuOs0A7M> abrufbar!

Der Versöhnungsbund begleitet die Friedensgemeinde San José de Apartadó seit beinahe 20 Jahren. Wir entsenden Schutzbegleiter*innen und Delegationen, organisieren Besuche von Vertreter*innen der Gemeinschaft hier in Österreich, machen Advocacy in Kolumbien und in Österreich, verbreiten Dringend-Aktionen u.v.m. In diesem Sinne hat auch unsere Arbeit dazu beigetragen, dass diese Zeremonie der Entschuldigung stattgefunden hat. Um die Arbeit fortsetzen zu können sind Spenden herzlich willkommen!

Kontonummer: IBAN: AT36 3412 9000 0891 2305

Verwendungszweck: „Kolumbien“



Drittes Vertragsstaatentreffen zum Atomwaffenverbotsvertrag

Von Fabian Hämmerle

Das 3. Vertragsstaatentreffen zum Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) fand von 3. bis 7. März 2025 im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York statt. Während die Gefahr eines Nuklearwaffeneinsatzes durch die Atomwaffen besitzenden Staaten steigt, zeigten die AVV-Staaten Alternativen zum Stillstand in der nuklearen Abrüstung und ein mögliches Ende dieser Massenvernichtungswaffen auf.

Bevor sich die Delegierten im Saal des Treuhandrates der Vereinten Nationen versammelten, lud die International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Nuklearwaffen, ICAN) zu einem Campaigner*innen-Forum ein. Veranstaltungsort war die Riverside Church, gelegen in Manhattans Upper Westside, in der Martin Luther King Jr. 1967 seine „Beyond Vietnam“-Rede hielt. So wie diese der Versuch war, die Bürgerrechts- und die Anti-Kriegsbewegung einander näherzubringen, gibt es auch heute Bemühungen, die verschiedenen Stränge der Arbeit für eine gerechtere Welt, zu vereinen.

ICAN-Direktorin Melissa Parke eröffnete einen Tag voller anregender Diskussionen, Workshops und Möglichkeiten zur Vernetzung. Expert*innen aus diversen Feldern sprachen über die Auswirkungen und die Gefahren von Nuklearwaffen sowie die Wege zur Implementierung und Universalisierung des AVV.⁽¹⁾

Die Eröffnungsreden der Vertragsstaatenkonferenz zeichneten die derzeitige globale Lage ab. Die Leiterin des Büros für Abrüstungsfragen, Izumi Nakamitsu, fand klare Worte:

„[...] Geopolitische Spannungen sind weiterhin ungelöst und entwickeln sich dramatisch weiter. Die gefährliche nukleare Rhetorik und die Drohungen haben nicht nachgelassen, und ich befürchte, dass die unvorhersehbaren Situationen die öffentliche Angst verstärken und dazu führen könnten, dass der Glaube an die falsche Darstellung, Atomwaffen seien die ultimative Sicherheitsgarantie, noch weiter zunimmt. [...]“⁽²⁾

Die Vertreterin des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes unterstrich, dass es auch anders geht, und erinnerte alle daran, dass

„[...]letztlich der Atomwaffenverbotsvertrag einen echten Beitrag zu den Friedensbemühungen leistet. Denn wie kann es in einer Welt, in der Atomwaffen existieren, dauerhaften Frieden geben?“⁽³⁾

Um dieser Frage nachzugehen, wurde beim zweiten Vertragsstaatentreffen eine Arbeitsgruppe unter der Führung Österreichs eingerichtet, um die Sicherheitsbedenken der AVV Staaten zu artikulieren. In New York wurden die ersten Ergebnisse⁽⁴⁾ von Botschafter Kmentt präsentiert. Die humanitären Konsequenzen und die Risiken von Nuklearwaffen sind gravierender und

gestalten sich komplexer als bisher angenommen, mit direkten Auswirkungen auf die AVV Staaten. Diese Sicherheitsrisiken zu adressieren, zu minimieren und zu eliminieren ist damit ein legitimes Interesse dieser Staaten. Die nukleare Abschreckungstheorie birgt nicht abzuschätzende Gefahren.

Nukleare Abschreckung war ein sich durch die ganze Woche ziehendes Thema, so haben einige europäische ICAN-Partner*innen in einem gemeinsamen Statement⁽⁵⁾ auf die Gefahren der nuklearen Abschreckungstheorie verwiesen. Abschließend enthält das Statement die Empfehlungen, die humanitären Auswirkungen von Nuklearwaffen hervorzuheben und dem Glaubenssystem der nuklearen Abschreckung mit wissenschaftlichen Fakten zu begegnen. Mit den nuklear bewaffneten Staaten soll unter anderem in Bereichen der Transparenz oder Risikominderung weiter und enger zusammengearbeitet werden.

Einige dieser Vorschläge fanden auch Einzug in die im Konsens angenommene politische Erklärung.⁽⁶⁾

In ihr zeigt sich auch der Wille zu einer weiteren Universalisierung des AVV. Mit den Vertragsratifizierungen von São Tomé und Príncipe, Sierra Leone, Indonesien, und den Solomon Islands im Jahr 2024 sind es nun 73 Vertragsstaaten und 94 Signatarstaaten.

(1) https://www.icanw.org/3msp_campaigner_forum

(2) https://reachingcriticalwill.org/images/documents/Disarmament-fora/nuclear-weapon-ban/3msp/statements/3March_UNODA.pdf

(3) https://reachingcriticalwill.org/images/documents/Disarmament-fora/nuclear-weapon-ban/3msp/statements/3March_ICRC.pdf

(4) <https://reachingcriticalwill.org/images/documents/Disarmament-fora/nuclear-weapon-ban/3msp/documents/7r.pdf>

(5) https://reachingcriticalwill.org/images/documents/Disarmament-fora/nuclear-weapon-ban/3msp/statements/7March_ICANEurope.pdf

(6) [https://docs-library.unoda.org/Treaty_on_the_Prohibition_of_Nuclear_Weapons_-_ThirdMeeting_of_States_Parties_\(2025\)/TPNW_MSP_2025_CRP.4_Draft_political_declaration.pdf](https://docs-library.unoda.org/Treaty_on_the_Prohibition_of_Nuclear_Weapons_-_ThirdMeeting_of_States_Parties_(2025)/TPNW_MSP_2025_CRP.4_Draft_political_declaration.pdf)



ATOMWAFFEN

Als von Nuklearwaffentests selbst betroffener Staat rückte Kasachstan, das den Vorsitz des Treffens innehatte, die positiven Verpflichtungen des AVV in den Vordergrund. Das erste Eröffnungspanel „Mobilisierung der Bemühungen zur Verhinderung eines Atomkriegs – Völkerrecht und der wachsende globale Konsens“ gab Einblicke in die effektivere Nutzung internationaler Normen bei der Abschaffung von Atomwaffen. Das zweite Panel „Die wahren Kosten eines Atomkriegs – Das Bekannte und Unbekannte verstehen und dem Trugschluss eines ‚begrenzten Atomkonflikts‘ entgegenzutreten“ klärte über den derzeitigen Stand zu Risiken und Auswirkungen von Atomwaffen auf.

Die Auswirkungen auf Menschen und Umwelt stehen im Mittelpunkt der Artikel 6 und 7 des AVVs.⁽⁷⁾ Kasachstan und Kiribati als Vorsitzende der informellen Arbeitsgruppe präsentierten ihren Bericht⁽⁸⁾ über die Arbeit seit dem 2. Vertragsstaaten-treff. Sie skizzierten darin die Konsultationen und die Umfrage zu den Elementen eines Internationalen Treuhandfonds (ITF) für Opferhilfe und Umweltsanierung, mit der sie sich an Vertragsstaaten, die Zivilgesellschaft, die Wissenschaft und betroffene Gemeinschaften gewandt hatten. Die Fortschritte bei der Erfassung der Bedürfnisse wurde von den Staaten und der Zivilgesellschaft positiv hervorgehoben, um 80 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki nuklearer Gerechtigkeit immer näher zu kommen. So war auch der Friedensnobelpreis 2024 an Nihon Hidankyo eine Erinnerung an den noch zu gehenden Weg.

Überblicke über die während der Vertragsstaatenkonferenzen geleistete Arbeit in den anderen Feldern des AVV deuteten auf positive Fortschritte in der Umsetzung des Ver-



ICAN Campaigner Forum in der Riverside Church

Foto: ICAN | Darren Ormiz

trages hin. So wurde auch bei den Themen der nationalen Umsetzung der Vertragsbestimmungen, der wissenschaftlichen und technischen Unterstützung, den geschlechtsspezifischen Auswirkungen, der Komplementarität mit anderen Verträgen und dem intersessionalen Prozess die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft immer wieder hervorgehoben. Eine Rolle, in die alle beteiligten Akteur*innen immer besser hineinwachsen.

Abgerundet wurde die Woche mit weiteren Veranstaltungen und einer breiten Palette an Aktivitäten. Von Filmvorführungen über Protestaktionen, Diskussionen, Kunstausstellungen, einer Konferenz für Parlamentarier*innen, bis zu Empfängen haben ICAN und Partnerorganisationen für unvergessliche Momente gesorgt.

Beschlossen wurde auch, dass die erste Überprüfungskonferenz des AVV von 30. November bis 4. Dezember 2026 in NY stattfinden wird. Bis dahin liegt es weiter an allen relevanten Akteur*innen zusammenzuarbeiten, um die positiven Verpflichtungen umzusetzen und immer mehr Staaten zur Ratifizierung

und damit zur Mitarbeit zu bewegen. Sie sind es, die in diesen Zeiten der Aufrüstung aufzeigen, dass jene, die bereit sind Verantwortung für die Sicherheit in der Welt zu übernehmen, immer Schritte setzen können, um Veränderung auch gegen starke Widerstände weiterzutragen. Wir brauchen den AVV, seine Pläne zur Umweltsanierung und die möglichen Exitstrategien bereits jetzt, auch wenn es „Unwillige“ und Widerstände gibt. Gerade weil sich die Weltlage, in die uns die nuklearbewaffneten Staaten mit hineinmanövriert haben, dramatisch verändert, verlangt es Mut und Konsequenz, um eine nachhaltige Zukunft für uns alle zu ermöglichen.

Fabian Hämmerle ist seit 2020 Vorstand bei ICAN Austria – Kampagne zur Abschaffung von Nuklearwaffen. Er hat einen Masterabschluss in Globalgeschichte und Global Studies von der Universität Wien.

(7) Opferhilfe und Umweltsanierung und internationale Kooperation und Assistenz

(8) <https://reachingcriticalwill.org/images/documents/Disarmament-fora/nuclear-weapon-ban/3msp/documents/2.pdf>



Zweifel an nuklearer Abschreckung

Von Adam Kovacs

Als Koordinator des „Konsultationsprozesses zu Sicherheitsfragen für die Staaten des Atomwaffenverbotsvertrags“ legte Österreich bei der dritten Vertragsstaatenkonferenz einen Bericht⁽¹⁾ vor, der scharfe Kritik an Atomwaffen und der derzeit vorherrschenden Sicherheitsstruktur auf Basis der nuklearen Abschreckung übt. Der Bericht stellt die Legitimität und Nachhaltigkeit von auf Abschreckung beruhenden Sicherheitsdoktrinen in Frage und plädiert für eine Hinwendung zu Abrüstung, die sich auf humanitäre, ökologische und wissenschaftliche Erwägungen stützt. Dieses Dokument ist ein eindringlicher Appell an die internationale Gemeinschaft, insbesondere an die Atomwaffenstaaten und die von Atomwaffen abhängigen Staaten, sich mit den fatalen Folgen von Atomwaffen auseinanderzusetzen und ihre Überzeugungen hinsichtlich globaler Stabilität zu überdenken.

Grundsätzlich argumentiert der Bericht, dass Atomwaffen eine ernsthafte Bedrohung für die Zukunft der Menschheit darstellen. Diese Bedrohung besteht unabhängig davon, ob ein Staat selbst solche Waffen besitzt, sich auf sie zur Abschreckung verlässt oder in nuklearen Konflikten neutral bleibt, und setzt damit alle Staaten einem Risiko aus, ganz unabhängig davon, ob sie beteiligt sein wollen oder nicht. Atomwaffen werden als beispiellos in ihrer Zerstörungskraft und unübertroffen in ihrer Komplexität und dem Ausmaß ihrer humanitären, ökologischen und geopolitischen Folgen dargestellt. Die anhaltende Existenz solcher Waffen und die darauf basierende Strategie der nu-

klearen Abschreckung werden nicht nur als moralisch unvertretbar, sondern auch als strategisch gefährlich beschrieben. Der Bericht befasst sich eingehend mit den Folgen des Einsatzes von Atomwaffen über die unmittelbaren Explosionszonen hinaus – Zusammenbruch der Nahrungsmittelsysteme, anhaltende Zerstörung der Umwelt, Störung der Weltwirtschaft und Massenvertreibungen. Diese Auswirkungen würden sich nicht auf atomar bewaffnete oder kriegführende Staaten beschränken, sondern die Reichweite der Strahlung und die klimatischen Folgen solch zerstörerischer Waffen würden weit über die Grenzen eines Konflikts hinausreichen und selbst neutrale und atomwaffenfreie Staaten der Gefahr schwerer Zerstörungen aussetzen. Aus dieser Perspektive stellen Atomwaffen ein Risiko für die gesamte internationale Gemeinschaft dar, insbesondere aber für diejenigen, die keinen Einfluss auf die Doktrinen oder politischen Entscheidungen haben, die ihre Entwicklung, ihren Einsatz oder die Abschreckungsstrategien regeln.

Der Bericht Österreichs enthält eine kritische Bewertung der nuklearen Abschreckung und stellt die Frage, ob sie wirklich katastrophale Konflikte zuverlässig verhindert hat. Während Befürworter*innen der Abschreckung oft diese Strategie der gegenseitig garantierten Zerstörung für die Wahrung des Friedens zwischen Großmächten verantwortlich machen, argumentiert der Bericht, dass diese Interpretation die Rolle des Zufalls und des menschlichen Urteilsvermögens bei der Vermeidung vergangener Krisen außer Acht lässt. Es gab Dut-

zende von Beinahe-Unfällen, technische Fehlfunktionen und Missverständnisse, die ohne glückliche Interventionen oder Zurückhaltung zu einem Atomkrieg hätten führen können. Anstatt die Wirksamkeit der Abschreckung zu unterstreichen, zeigen solche Vorfälle die Schwäche eines Systems, das stark von menschlichen Entscheidungen und dem Nichtvorhandensein von Fehlern abhängt. Mit dem Aufkommen neuer Technologien wie Künstlicher Intelligenz, Entwicklungen im Bereich der Cyberkriegsführung und autonomen Militärsystemen sehen wir ein zunehmendes Risiko, dass solche fragilen Sicherheitsvorkehrungen versagen könnten. Diese Instrumente bringen ein neues Level an Komplexität in den Bereichen der nationalen Sicherheit und der Reaktionsfähigkeit, verkürzen damit aber auch die Reaktionszeiten, verringern die menschliche Kontrolle und erhöhen die Wahrscheinlichkeit von Fehlinterpretationen oder Fehlfunktionen. Letztlich kompromittieren sie damit die ohnehin bereits unsichere Argumentationslogik der Abschreckung durch die Hinzufügung unvorhersehbarer Variablen in einem bereits fragilen System.

Adam Kovacs studiert Internationales Recht und Institutionen an der Universität Indiana. Derzeit absolviert er ein Praktikum im Büro des österreichischen Versöhnungsbundes.

Übersetzt aus dem Englischen von Lucia Hämmerle mit Hilfe der Übersetzungssoftware deepl.com

(1) <https://reachingcriticalwill.org/images/documents/Disarmament-fora/nuclear-weapon-ban/3msp/documents/7r.pdf>



Ab- statt Aufrüstung

Kommentar von Herbert Peherstorfer

Die Rüstungsspirale hat in letzter Zeit ungeheure Ausmaße erreicht. Die NATO will in den nächsten fünf Jahren 20 Mrd. € in die Rüstung investieren, Deutschland müsse wieder „kriegstüchtig“ werden, so der deutsche Verteidigungsminister Pistorius. Nach dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine warnen viele, dass dies nicht der letzte Schritt des Aggressors sein könnte.

„Der Russe kommt, vielleicht“ so titelte die ZEIT⁽¹⁾ einen Beitrag, in dem sechs Politiker*innen und Militärexperten befragt wurden, woher sie denn so genau wüssten, wovor sie warnen, nämlich den Angriff Russlands auf andere Länder, ja dass in einiger Zeit russische Panzer in Berlin oder gar in Paris stünden. Die Antworten waren, sagen wir es vorsichtig, eher düftig.

Ein NATO-Papier meint, dass Russland 2029 über genügend Waffen verfügen wird, um Europa anzugreifen. Von den Befragten hat dieses Papier niemand gelesen, aber sie haben davon „gehört“ (so Carlo Masala⁽²⁾) oder kennen die „Entstehungsgeschichte“ so Sönke Neitzel⁽³⁾, der auch vermeldete, dass heuer „der letzte friedliche Sommer in Europa“ komme. Er gründet seine Behauptung auf seine Gespräche in Finnland, Estland und Lettland, kann aber „nicht sagen, mit wem er dort gesprochen hat.“

Elie Tenenbaum⁽⁴⁾ meint: „Russland sei so gefährlich wie nie“, und weiter „Russland kann auch morgen angreifen, wer weiß das schon?“ Auf den Einwurf, dass sich das mysteriöse NATO-Papier auf eine

Gefahr im Jahre 2029 beziehe, meint er offenerherzig: „Diese Zahl soll die Europäer für die Aufrüstung mobilisieren, hat aber letztlich keinen Wert.“

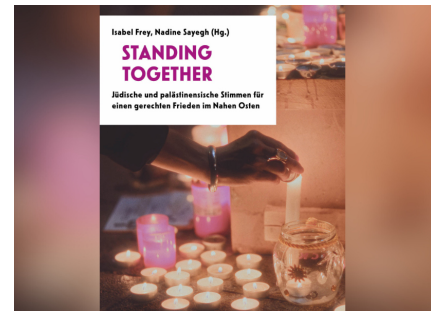
Demgegenüber riefen Wissenschaftler*innen und Friedensforschungsinstitute sowie Bundeswehrakademien bereits im April 2025 zu einer „rationalen Sicherheitspolitik“ auf: „Der derzeit verbreitete Alarmismus in Teilen der Politik und Medien ist nicht plausibel und basiert auf keiner seriösen Bedrohungsanalyse“.

Dem schließt sich Falko Drossmann⁽⁵⁾ an: „Nur wenige Staaten bemühen sich noch um Abrüstung, die Welt dreht sich zurück. Antipersonenminen galten einst als das ultimativ Böse. Diese Minen verstümmeln Menschen, oft Zivilisten. Nun steigen die baltischen Staaten aus dem Abkommen aus, das ist traurig.“ Und Sönke Neitzel stellt fest: „Auch Aufrüstung garantiert keinen Frieden. Die Briten rüsteten auf um Hitler abzuschrecken und im Ersten Weltkrieg führte Aufrüstung zu Psychosen und Kriegsstimmung.“

Versuchen wir also, diesen Psychosen zu entkommen. Wir sollten danach trachten, „friedenstüchtig“ und nicht kriegstüchtig zu werden, dann können wir vielleicht doch auch künftig noch viele friedliche Sommer erleben.

Herbert Peherstorfer ist Mitglied im Versöhnungsbund und war lange Zeit auch im Vorstand tätig. Er engagiert sich u.a. in den Bereichen Neutralität und aktive Friedenspolitik

Buchtipp



Isabel Frey, Nadine Sayegh (Hg.)
Standing Together

Jüdische und palästinensische Stimmen für einen gerechten Frieden im Nahen Osten, mandelbaum verlag, Wien 2025; ISBN: 978399136-089-6

Das Buch versteht sich als Zeitzeugnis einer Bewegung. *Standing Together Vienna*, eine Gruppe von jüdischen und arabischen Menschen, sowie befreundeter Personen, hat selbst den Raum geschaffen, den sie sich nach den Angriffen der Hamas am 7. Oktober 2023 und dem anschließenden verheerenden Krieg im Gazastreifen gewünscht hat. Ein Raum, wo man Gemeinsamkeit leben kann, wo man in Diskurs tritt, Trennendes aushält und anerkennt aber auch immer wieder Brücken baut. Denn das Verbindende ist ein großer Wunsch: das Ende der Gewalt.

Im Buch erfährt man von der Entstehung der Gruppe, sowie ihrem Aushalten kultureller Unterschiede und pluralistischen Ansätze. Die abgedruckten Redebeiträge – gehalten bei Mahnwachen und Kundgebungen – erlauben ehrliche Einblicke in ganz persönliche Realitäten und Trauer, während der künstlerische Teil, u.a. die Fotostrecke „Seite an Seite“, den Bogen zurück zu den Wurzeln der Bewegung, dem Kunstkollektiv One State Embassy, spannt. Ein Kapitel beschäftigt sich außerdem mit den vom Versöhnungsbund mitorganisierten wöchentlichen Mahnwachen in Stille (jeden Mittwoch um 18 Uhr am Platz der Menschenrechte in Wien).

gelesen von Lucia Hämmerle

(1) Nr. 21, 22. Mai 2025, S. 3

(2) Professor für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr in München

(3) Sönke Neitzel, Potsdamer Militärgeschichtler

(4) Sicherheitsexperte für internationale Beziehungen des französischen Thinktanks IFRI

(5) Sozialdemokrat, Oberleutnant der Luftwaffe, Obmann d. Verteidigungsausschusses d. BRD



DVR 0583031

Österreichische Post AG
MZ 02Z032555 M
Int. Versöhnungsbund, Ledererg. 23/3/27, 1080 Wien

Frieden kann nicht durch Gewalt
erhalten werden. Er kann nur durch
Verständnis erreicht werden.

Albert Einstein
Physiker (1879-1955)